Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9988**

17. Wahlperiode 13. 6. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Eva Bulling-Schröter, Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9732 –

Rio+20 – Globale Gerechtigkeit statt grüner Kapitalismus

A. Problem

20 Jahre nach der ersten Konferenz der Vereinten Nationen (VN) über Umwelt und Entwicklung (UNECD) in Rio de Janeiro fällt die Bilanz des Erreichten nach Auffassung der Antragsteller negativ aus. Statt der erhofften nachhaltigen Entwicklung hätten sich die soziale Ungleichheit weltweit verschärft, die Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen beschleunigt und die Wirtschaft sei in die tiefste Krise seit Jahrzehnten geraten. Die Europäische Union habe mit ihrem strikten Sparkurs diese Krise noch verschärft.

Hinzu komme die ökologische Krise. Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, die Zerstörung der Umwelt und der Wandel des Klimas seien in den letzten 20 Jahren nicht etwa gestoppt oder zurückgedrängt, sondern sogar noch verstärkt worden. Die ökologische Schuld des Nordens gegenüber dem Süden sei durch einen um ein Vielfaches größeren Energie- und Rohstoffverbrauch weiter angewachsen. Dadurch hätten die internationalen Verteilungskämpfe um Ressourcen an Schärfe zugenommen. Hinzu komme der Umstand, dass rund 1 600 Mrd. US-Dollar weltweit jährlich für Rüstung ausgegeben würden, ein Vielfaches von dem, was für die Bekämpfung von Hunger und Armut aufgebracht werde.

Statt der notwendigen kritischen Bestandsaufnahme und radikalen Abkehr vom bisherigen Entwicklungsweg, so die Einschätzung der Antragsteller, zielten die in Rio de Janeiro zur Beratung stehenden Dokumente darauf ab, sämtliche Bereiche des Lebens der Marktlogik zu unterwerfen. Mit der Umsetzung der sogenannten grünen Wirtschaft würden sozial-ökologische Konflikte hervorgerufen und „neokoloniale Abhängigkeiten“ verstärkt.

Auch die Strukturen der Vereinten Nationen (VN) im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich trügen zum „Ausverkauf der Natur und öffentlichen Güter“ und damit zur Vergrößerung der globalen Ungleichheit bei. Darum hätten sich in vielen Teilen der Welt soziale Bewegungen gegründet, die für einen sozialen und demokratischen Wandel, für eine neue Form solidarischen Wirtschaftens eintreten würden und alternative Vorstellungen zum Konzept der „grünen Wirtschaft“ erprobten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

E. Bürokratiekosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/9732 abzulehnen.

Berlin, den 13. Juni 2012

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Helga Daub
Amtierende Vorsitzende

Helmut Heiderich
Berichterstatter

Dr. Bärbel Kofler
Berichterstatterin

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Helmut Heiderich, Dr. Bärbel Kofler, Heike Hänsel, Harald Leibrecht und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/9732** in seiner 181. Sitzung am 24. Mai 2012 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf der VN-Konferenz „Rio+20“ für eine Umwidmung von Rüstungsetats zugunsten der Bekämpfung von Hunger und Armut einzusetzen. Insbesondere gehe es darum, eine radikale Veränderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten des Nordens und des Südens einzuleiten. Entsprechend sollen auf dieser VN-Konferenz auch die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsziele (SDG) verankert werden. Zur Kompensierung der Folgen einer ökonomisch asymmetrischen Nord-Süd-Beziehung soll ein Fonds sowie eine in die VN integrierte Kartellbehörde eingerichtet werden. Nicht zuletzt müsse es zu einer Demokratisierung der VN durch eine Stärkung der Generalversammlung kommen.

Auf europäischer Ebene gehe es darum, die laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen in Verhandlungen über entwicklungsförderliche Handelsabkommen zu überführen. Ferner sollen die EU-Agrarsubventionen eingestellt und der Import von Agrokraftstoffen aus Ländern des Südens vorübergehend ausgesetzt werden.

Auf internationaler Ebene soll die Bundesregierung sich für einen umfassenden Schuldenerlass, für ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, für die Einführung einer globalen Finanztransaktions- und Kohlendioxidsteuer einsetzen. Des Weiteren soll die Bundesregierung dafür plädieren, dass ein globaler Technologie-, Wissens- und Erfahrungstransfer von Nord nach Süd ermöglicht wird.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuss hat die Vorlage 17/9732 in seiner 62. Sitzung, der Finanzausschuss hat die Vorlage 17/9732 in seiner 90. Sitzung, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Vorlage 17/9423 in seiner 72. Sitzung und der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage 17/9732 in seiner 75. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten.

Der **Auswärtige Ausschuss** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 17/9732 in seiner 63. Sitzung am 13. Juni 2012 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** verweist darauf, dass das in „Rio+20“ zur Diskussion stehende Konzept einer „Green Economy“ von vielen Basisorganisationen und sozialen Bewegungen zu Recht abgelehnt werde, weil es die Grundidee von Rio 1992 auf den Kopf stelle. Hiermit würde im Kern für eine Fortsetzung neoliberaler Globalisierungspolitik plädiert. Die aber habe zu einer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen geführt. Insofern gehe es um Alternativen, wie sie auf dem Alternativgipfel zur Rio-Konferenz diskutiert und in ihrem Antrag formuliert würden. Bei der Beantwortung der großen Fragen des 21. Jahrhunderts werde es sehr viel um Umverteilung des bestehenden Reichtums und die Sicherung des Zugangs zu Ressourcen gehen müssen. Hinzu komme eine notwendige Umsteuerung der Rüstungsausgaben in die Entwicklung und in den Klimaschutz. Man brauche ein Umdenken hin zu einer solidarischen, ökologischen Ökonomie. Der privatwirtschaftlich ausgerichtete Ansatz der Public-Private-Partnership-Projekte (PPP), insbesondere die marktorientierten Umweltdienstleistungen, müssten hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirkungen dringend auf den Prüfstand. Man fordere die Stärkung der VN und die Einrichtung eines Kompensationsfonds. Das sei ein wirksames Instrument der Umverteilung der Mittel vom Norden in den Süden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisiert, die Darstellungen im Antrag würden weder die Ausgangslage zutreffend beschreiben noch einen Beitrag dazu leisten, den in Rio 1992 begonnenen Prozess voranzubringen. Man habe bereits im September letzten Jahres einen gemeinsamen Antrag eingebracht, mit denen die Schwerpunkte für „Rio+20“ aufgezeigt worden seien. Dazu gehörten beispielsweise die Neuausrichtung auf ein „grünes Wachstum“ und die Aufnahme des Schwerpunktthemas Ernährung sowie die Stärkung verschiedener Organisationen der VN. Die Kritik an den PPP gehe völlig an der Realität vorbei. Es komme gerade darauf an, eine Partnerschaft zwischen Öffentlichen und Privaten in gemeinsamen Projekten zu entwickeln. Insofern werde man diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** sieht diesen Antrag zur richtigen Zeit gestellt. Sie teilt auch die Auffassung, dass „grünes Wachstum“ alleine noch nicht eine nachhaltige Entwicklung

befördere und die Armutsbekämpfung vorantreibe. Man habe selbst gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag gestellt, der noch in dieser Woche im Plenum beraten werde. Darin werde viel detaillierter auf die verschiedenen Problemfelder eingegangen und definiert, was eine „Inclusive Green Economy“ sein könnte. Dazu gehöre die Einbeziehung der sozialen Dimension, wie soziale Sicherung, Armutsbekämpfung, nachhaltiges Wachstum, Dekarbonisierung. Man müsse auch darüber nachdenken, wie man unter Einbeziehung aller Beteiligten mit einer Überführung der MDG in SDG umgehe. Darum werde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Die **Fraktion der FDP** moniert, der Antrag sei sehr ideologisch gefärbt. Er berücksichtige zudem viel zu wenig, was in den letzten Jahren erreicht worden sei. Man wisse, dass man bei den MDG in einigen Bereichen hinterherhinke, aber es gebe auch Zielbereiche, wo man erhebliche Fortschritte gemacht habe, beispielsweise in der Armutsbekämpfung, der Versorgung mit sauberem Wasser und im Bereich erneuerbarer Energien. Bei den PPP gebe es ebenfalls viele gute Beispiele, wo es beim Engagement der Wirtschaft nicht um Gewinn gehe, sondern darum, dass sich ein Land entwickeln könne. Man werde diesen Antrag deshalb nicht unterstützen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wendet ein, der Kapitalismus als Wirtschaftsform werde nicht dadurch besser, dass man ihn „grün“ anstreiche. Insofern brauche man in „Rio+20“ eine klare Definition von „Green Economy“. Ihrer Einschätzung nach stehe man derzeit vor einem Kollaps, und der Kapitalismus sei mit verantwortlich dafür, dass man das 2-Grad-Ziel nicht erreiche. Man teile zwar nicht den Duktus des Antrags, aber sehr wohl die aufgezeigte Richtung: Abrüstung für Nachhaltige Entwicklung, Umwidmung der EU-Freihandelsabkommen, Wissenstransfer von Nord nach Süd, Schuldenerlass. Man teile auch die Skepsis gegenüber den PPP. Darum werde man, auch wenn man einen eigenen Antrag gemeinsam mit der Fraktion der SPD einbringe, diesem Antrag zustimmen. Man begrüße den aktuellen Vorschlag der EU zu einer „Inclusive Green Economy“. Diese müsse soziale, ökologische, menschenrechtliche und geschlechtergerechte Leitplanken verbindlich verankern.

Berlin, den 13. Juni 2012

Helmut Heiderich Berichterstatter	**Dr. Bärbel Kofler** Berichterstatterin	**Heike Hänsel** Berichterstatterin
Harald Leibrecht Berichterstatter	**Ute Koczy** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333